



20.9004

Ordnungsantrag**Motion d'ordre***Ordnungsantrag Aeschi Thomas*

Die nationalrätliche Frühjahrssession 2020 wird per sofort unterbrochen. Über eine allfällige Wiederaufnahme der Session befindet das Büro heute in einer Woche, am Montag, 16. März 2020, nach einer sorgfältigen Risikoabwägung.

Schriftliche Begründung

Weltweit sind bisher mehr als 3400 Personen an der Lungenkrankheit Covid-19 gestorben, mehr als 100 000 gelten als infiziert. Inzwischen sind rund hundert Länder betroffen. In China konnte die Seuche nur mit sehr drastischen Massnahmen (Abriegelung ganzer Regionen und Städte) eingedämmt werden. Nach Recherchen der "New York Times" wurden schätzungsweise 760 Millionen Chinesen unter Quarantäne unterschiedlichen Ausmasses gestellt. Am Wochenende hat nun auch Italiens Regierung erklärt, dass ein ausgedehntes Gebiet südlich der Schweizer Grenze, die ganze Lombardei inklusive Mailand und 14 weitere Provinzen, von Asti im Westen bis Venedig und Rimini im Osten, per sofort zur Sperrzone erklärt wird. Der Grund ist ein dramatischer Anstieg der Zahl der Infizierten. In vielen italienischen Spitälern ist das Personal so ausgedünnt, dass auf den Intensivstationen in 12-Stunden-Schichten statt in 8-Stunden-Schichten gearbeitet wird. Als Sofortmassnahme hat Italien 20 000 pensionierte Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger aus dem Ruhestand zurückgerufen, um so schnell zusätzliche Stellen besetzen zu können. In Lodi, nahe bei Mailand, befinden sich 110 Spitalangestellte als Patienten im eigenen Spital. Im Mailänder Spital San Raffaele kam es in der Dialyse-Abteilung zu einem neuen Coronavirus-Ausbruch, womit die ganze Abteilung unter Quarantäne gestellt wurde und somit ausfällt. Die Schweiz liegt auf Platz 6 der am stärksten betroffenen Länder (nach Südkorea, Italien, Iran, China und Bahrain). Pro Einwohner liegt die Zahl der bestätigten Coronavirus-Fälle mehr als halb so hoch wie in China. Israel hat verfügt, dass seit Freitag allen Fluggästen aus der Schweiz die Einreise verweigert wird, es sei denn, sie können einen privaten Quarantäneplatz für eine obligatorische, 14-tägige Quarantäne in Israel nachweisen. Ebenfalls am Freitag gab der Bund bekannt, dass nicht mehr alle Corona-infizierten Personen getestet werden, sondern dass Personen, die milde Krankheitssymptome haben, zuhause bleiben sollen. Die Behörden begründen dies mit der Überlastung der Spitäler, wo sich die Vorräte an Gesichtsmasken zu Ende neigen, nachdem Frankreich alle Gesichtsmasken beschlagnahmt und Deutschland den Export von Schutzmaterial in die Schweiz gestoppt hat. Die Massnahme, dass Personen mit milden Krankheitssymptomen nicht mehr getestet werden, sondern zuhause bleiben sollen, führt dazu, dass die Dunkelziffer der infizierten Personen schnell ansteigen wird. Das BAG rät zum sogenannten "social distancing". Damit soll grundsätzlich zu anderen Personen ein Minimalabstand von zwei Metern eingehalten werden. Weiter rät das BAG, auf die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen zu verzichten und grössere Menschenansammlungen sowie die öffentlichen Verkehrsmittel zu meiden, insbesondere zu Stosszeiten. Arbeitgeber sollen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter räumlich trennen und insbesondere Risikopersonen soll die Möglichkeit von Homeoffice gewährt werden. Gemäss dem BAG sind folgende Personen besonders gefährdet, schwer zu erkranken: Personen ab 65 Jahren sowie solche, die eine der folgenden Vorerkrankungen haben: Bluthochdruck, Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, chronische Atemwegserkrankungen, Erkrankungen und Therapien, die das Immunsystem schwächen, oder Krebs. Im Nationalratssaal ist es nicht möglich, das sogenannte "social distancing" einzuhalten, da die Sitze der 200 Nationalrätinnen und Nationalräte im Saal sehr eng

AB 2020 N 169 / BO 2020 N 169

beieinanderstehen. Zudem gibt es in allen Fraktionen zahlreiche Personen, die zur obenstehend beschriebenen Risikogruppe gehören und somit dem Risiko ausgesetzt sind, "besonders schwer" zu erkranken. Das Parlament ist in der Verantwortung, seinerseits einen Beitrag zur Eindämmung dieser Seuche zu leisten und die eigenen Ratsmitglieder und ihre Angehörigen nicht unnötigerweise einer Gefährdung auszusetzen. Aus diesen Gründen ist die nationalrätliche Frühjahrssession 2020 per sofort zu unterbrechen. Über eine allfällige Wiederaufnahme der Session soll das Büro heute in einer Woche, am Montag, 16. März 2020, nach einer sorgfältigen Risikoabwägung befinden.



*Motion d'ordre Aeschi Thomas*

La session de printemps 2020 du Conseil national est immédiatement interrompue. Le bureau se prononcera sur une éventuelle reprise de la session dans une semaine, le lundi 16 mars 2020, après avoir procédé à une évaluation approfondie des risques.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): M. Thomas Aeschi a déposé une motion d'ordre ce matin.

Aeschi Thomas (V, ZG): Ich beantrage Ihnen mit meinem Ordnungsantrag, aufgrund des Ausbruchs der Coronavirus-Seuche die Session ab heute für eine Woche zu unterbrechen. Was sind die Gründe für diesen Antrag?

Erstens bitte ich Sie, die älteren Schweizerinnen und Schweizer zu schützen. Viele von uns sind vielleicht bereits Virusträger, ohne dass sie es wissen. Mit unseren Reisen in den öffentlichen Verkehrsmitteln und mit unserer engen Sitzordnung hier im Saal stecken wir uns nicht nur gegenseitig an, sondern wir setzen auch viele ältere Menschen einer Gefahr aus. Dies gilt es zu vermeiden.

Zweitens geht es darum, konsequent zu sein. Wenn das Bundesamt für Gesundheit empfiehlt, grundsätzlich zwei Meter Abstand zu anderen Menschen zu halten – Sie haben die entsprechenden Bilder soeben wieder ausgeteilt erhalten –, sollten auch wir mit dem guten Beispiel vorangehen. Sie haben es gesehen; auch der Zürcher Kantonsrat tagt ab sofort in einem Raum, in welchem diese Abstände eingehalten werden können.

Drittens gilt es, unsere eigene Handlungsfähigkeit zu bewahren. Wenn auch nur bei einem einzigen Nationalrat das Virus nachgewiesen wird, gilt für uns alle eine vierzehntägige Quarantäne. Statt nun über Vorlagen wie die Erhöhung der Benzin- oder Heizölpreise im Rahmen der CO₂-Gesetz-Revision, eine neue Überbrückungsrente mit Kosten von Hunderten von Millionen Franken zur Abfederung der negativen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit mit der EU, eine neue Konzernhaftung und Beweislastumkehr für mittelgrosse und grosse Schweizer Firmen oder mehr staatlichen Interventionismus bei der Preisfestsetzungspolitik der Firmen zu beraten, sollten wir unsere Handlungsfähigkeit für wirklich wichtige Themen wie die Eindämmung der Coronavirus-Seuche bewahren.

Analog zur Begrenzungs-Initiative wäre es richtig gewesen zu kontrollieren, wer überhaupt ins Land kommt. Dafür ist es jetzt, nachdem das Virus hier ist, zu spät. Der Schutz der älteren Bevölkerung geht jetzt aber vor. Gerade wir sollten aus Rücksicht auf die ältere Bevölkerung dazu beitragen, die zusätzliche Weiterverbreitung dieser Seuche so stark wie möglich zu verlangsamen.

Ich bin mir bewusst, dass es zu diesem hochemotionalen Thema viele unterschiedliche Meinungen gibt. Aber ich bitte Sie aus den genannten Gründen um Ihre Zustimmung zum Ordnungsantrag auf Unterbrechung der Session.

Aebi Andreas (V, BE), für das Büro: Das Büro beantragt mit 10 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung, den Ordnungsantrag Aeschi Thomas abzulehnen. Das Büro ist aufgrund der Risikoabschätzung der Ansicht, dass der Sessionsbetrieb weitergeführt werden kann und muss.

Das oberste Ziel der Behörden besteht heute darin, die Ausbreitung der Epidemie zu verzögern und Personen mit Komplikationsrisiko zu schützen. Das Bundesamt für Gesundheit, mit dessen Vertretern die Verwaltungsdelegation heute Morgen diskutiert hat, ist der Ansicht, dass die Quarantäne von Kontaktpersonen nicht mehr wirksam ist. Es geht prioritär darum, Personen über 65 Jahre sowie Personen mit besonderen Krankheiten – ich denke zum Beispiel an solche mit Bluthochdruck – zu schützen.

Laut dem Büro ist es wichtig, sich auf Fakten zu stützen und nicht Ängste zu schüren – ich denke an all die vielen KMU, die wir haben, Schreinereibetriebe, Malereibetriebe, Bäckereibetriebe, wo man auch nahe beieinandersteht; ich denke an die öffentlichen Betriebe, die Bahn, die Kondukteure usw. Es wäre ein schlechtes Beispiel gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft, wenn das Parlament als oberste Behörde des Bundes nicht mehr tagen und sich aus der Verantwortung stellen würde.

Das Büro steht hinter den Empfehlungen des Bundesamtes für Gesundheit und ist bereit, diese eins zu eins im Parlament umzusetzen. Wir als Parlamentarier müssen eigenverantwortlich bleiben. Was für die Schulen, die Unternehmen, die Bundesverwaltung gilt, gilt auch für uns: Wer krank ist oder sich krank fühlt, muss zuhause bleiben. Wenn der Gesundheitszustand es erfordert, dann konsultiert man einen Arzt oder eine andere Fachperson.

Ich bitte Sie im Namen des Büros, den Ordnungsantrag Aeschi Thomas abzulehnen.



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Nationalrat • Frühjahrssession 2020 • Sechste Sitzung • 09.03.20 • 14h30 • 20.9004
Conseil national • Session de printemps 2020 • Sixième séance • 09.03.20 • 14h30 • 20.9004



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.9004/20055)

Für den Ordnungsantrag Aeschi Thomas ... 13 Stimmen

Dagegen ... 155 Stimmen

(8 Enthaltungen)

